

FREE

19/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Spaltung des Telefonverkehrs. Von der Ostzonenpostverwaltung wurde die sofortige Inbetriebnahme eines neuen Telefonfernamtes im Ostsektor bekanntgegeben. Das neue Fernamt verfügt über 100 direkte Leitungen nach der Ostzone, hat aber keine Anschlüsse nach dem Westen. Ferngespräche mit dem Ostsektor und der Ostzone sind jetzt nur noch über das Fernamt Ost möglich.

Die Welt vom 14. April 1949

Das Wittenwerk Döhlen, das auf dem Gelände der ehemaligen Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen des Flick-Konzerns aufgebaut wurde, wird Ende April die Herstellung von Gesenkschneide- und Gußstücken ausschließlich für den Braunkohlenbergbau aufnehmen.

Das Kalk- und Zementwerk Rüdersdorf hat eine Edelsplitt-Mahlanlage in Betrieb genommen und ist dadurch in der Lage, zusätzlich 2 000 t Düngerkalk täglich für die Landwirtschaft zu liefern. Die Anlage, die auch zur Erzeugung von Steinmehl für die Glasindustrie geeignet ist, wird durch eine Verladeeinrichtung für Schiffe ergänzt werden.

Das Rüdersdorfer Werk stellt ausschließlich Zement und Kalk für industrielle und landwirtschaftliche Bauvorhaben in der Ostzone her. Die Leistungsfähigkeit beträgt je 7 000 t Kalk und Zement monatlich.

Die Filmfabrik Turaphot in Wernigerode stellte in den ersten beiden Monaten d.J. 13 800 qm Rohfilm und 38 000 qm Fotopapier her. Die Produktionsauflage für das erste Quartal betrug 15 000 qm Film und 50 000 qm Fotopapier. Die hohen Produktionszahlen konnten durch Aufstellen einer Längs- und Querschneidemaschine erreicht werden.

Die Büssing-NAG Vereinigte Nutzkraftwagen GmbH in Berlin-Oberschöneweide und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain, früher Knorr-Bremse AG, sollen vereinigt und für den Bau von Kraftfahrzeugen eingerichtet werden. Büssing-NAG repariert zur Zeit monatlich 20 bis 25 Lastkraftwagen und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain 30 Personenwagen und 12 Motore.

Wirtschaftsrevue vom 15. April 1949

Die "Anforderungen" in der Ostzone (Eigentumsüberlassung, Gebrauchsbeschränkung, Herstellungsverbot usw.) sollen nach einer neuen Verordnung der DNK nur noch für die Volkswirtschaftspläne zulässig sein. Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und gegen volkseigene Betriebe sind nicht gestattet.

WFZ vom 7. April 1949

Et. Volkspolizisten. Nach Bericht des Berliner "Sozialdemokrat" sollen Einheiten dt. Volkspolizisten bei den neuen Angriffsoperationen der Aufständischen in Griechenland ihre Feuerwafe erhalten haben. Die Bataillone der Griechenlandbrigade sollen in den albanischen Städten Valona, Klisura und Kore stationiert sein. Noch in dieser Woche sollen 400 weitere ehemalige Volkspolizisten nach Griechenland abgehen. Es handle sich um Freiwillige, im Alter von 20 - 25 Jahren aus der Ostberliner, der Grenz- und Kreispolizei. Die SED-Presse dementiert die Rekrutierung deutscher Volkspolizisten für den Kampf in Griechenland. Jedoch hat sich die griechische Militärmission über die Binnmischung der deutschen Kommunisten in Griechenland beschwert.

Paul Wängels, Berliner SED-Vorstandsmitglied, dementierte auf einer Kundgebung Pressemeldungen, daß der Kommissar der Ostberliner Polizei Kotolan mit 400 Ostsektoren-Polizisten in Dessau für den Griechenland-einsatz geschult werden solle. Dies werde nicht geschehen, sagte er, da jetzt "dem Feind in Berlin aufs Haupt geschlagen" werde. "Da wir hier unter uns sind", könne er es aussprechen: Die SED werde den Kampf für den Frieden mit Gewalt führen. Hierfür sei die Volkspolizei vorgesehen. Um die Sympathie der SU und der Volksdemokratien zu erlangen, müßten in Deutschland neue Zustände geschaffen werden. - Den Lehrern in der Ostzone und im Sowjetsektor Berlins kündigte er eine "Versetzung in die Schulen für Geisteskranken" an, wenn sie nicht "im Sinne der Neuordnung" arbeiten. Den amerikanischen Politiker Henry Wallace nannte er einen Kapitalisten, der den amerikanischen Imperialismus durch eine Freundschaft mit der UdSSR am Leben erhalten wolle.

Die Neue Zeitung vom 14. April 1949

FREE

19/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Spaltung des Telefonverkehrs. Von der Ostzonepostverwaltung wurde die sofortige Inbetriebnahme eines neuen Telefonfernamtes im Ostsektor bekanntgegeben. Das neue Fernamt verfügt über 100 direkte Leitungen nach der Ostzone, hat aber keine Anschlüsse nach dem Westen. Ferngespräche mit dem Ostsektor und der Ostzone sind jetzt nur noch über das Fernamt Ost möglich.

Die Welt vom 14. April 1949

Das Mittlerwerk Döhlen, das auf dem Gelände der ehemaligen Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen des Flick-Konzerns aufgebaut wurde, wird Ende April die Herstellung von Gesenkschmiede- und Gußstücken ausschließlich für den Braunkohlenbergbau aufnehmen.

Das Kalk- und Zementwerk Rüdersdorf hat eine Edelsplitt-Wahlanlage in Betrieb genommen und ist dadurch in der Lage, zusätzlich 2 000 t Düngerkalk täglich für die Landwirtschaft zu liefern. Die Anlage, die auch zur Erzeugung von Steinmehl für die Glasindustrie geeignet ist, wird durch eine Verladeeinrichtung für Schiffe ergänzt werden. Das Rüdersdorfer Werk stellt ausschließlich Zement und Kalk für industrielle und landwirtschaftliche Bauvorhaben in der Ostzone her. Die Leistungsfähigkeit beträgt je 7 000 t Kalk und Zement monatlich.

Die Filmfabrik Turaphot in Wernigerode stellte in den ersten beiden Monaten d.J. 13 800 qm Rohfilm und 38 000 qm Fotopapier her. Die Produktionsauflage für das erste Quartal betrug 15 000 qm Film und 50 000 qm Fotopapier. Die hohen Produktionszahlen konnten durch Aufstellen einer Längs- und Querschneidemaschine erreicht werden.

Die Büssing-WAG Vereinigte Nutzkraftwagen GmbH in Berlin-Oberschöneweide und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain, früher Knorr-Bremse AG, sollen vereinigt und für den Bau von Kraftfahrzeugen eingerichtet werden. Büssing-WAG repariert zur Zeit monatlich 20 bis 25 Lastkraftwagen und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain 30 Personenwagen und 12 Motore.

Wirtschaftsrevue vom 15. April 1949

Die "Anforderungen" in der Ostzone (Eigentumsüberlassung, Gebrauchsbeschränkung, Herstellungsverbot usw.) sollen nach einer neuen Verordnung der DWK nur noch für die Volkswirtschaftspläne zulässig sein. Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und gegen volkseigene Betriebe sind nicht gestattet.

WPZ vom 7. April 1949

Dt. Volkspolizisten. Nach Bericht des Berliner "Sozialdemokrat" sollen Einheiten dt. Volkspolizisten bei den neuen Angriffsoperationen der Aufständischen in Griechenland ihre Feuertaufe erhalten haben. Die Bataillone der Griechenlandbrigade sollen in den albanischen Städten Valona, Klisura und Kore stationiert sein. Noch in dieser Woche sollen 400 weitere ehemalige Volkspolizisten nach Griechenland abgehen. Es handle sich um Freiwillige, im Alter von 20 - 25 Jahren aus der Ostberliner, der Grenz- und Kreispolizei. Die SED-Presse dementiert die Rekrutierung deutscher Volkspolizisten für den Kampf in Griechenland. Jedoch hat sich die griechische Militärmission über die Einmischung der deutschen Kommunisten in Griechenland beschwert.

Paul Wangel, Berliner SED-Vorstandsmitglied, dementierte auf einer Kundgebung Pressemeldungen, daß der Kommissar der Ostberliner Polizei Kotolan mit 400 Ostsektoren-Polizisten in Dessau für den Griechenland-einsatz geschult werden solle. Dies werde nicht geschehen, sagte er, da jetzt "dem Gegner in Berlin aufs Haupt geschlagen" werde. "Da wir hier unter uns sind", könne er es aussprechen: Die SED werde den Kampf für den Frieden mit Gewalt führen. Hierfür sei die Volkspolizei vorgesehen. Um die Sympathie der SU und der Volkdemokratien zu erlangen, müßten in Deutschland neue Zustände geschaffen werden. - Den Lehrern in der Ostzone und im Sowjetsektor Berlins kündigte er eine "Versetzung in die Schulen für Geistesranke" an, wenn sie nicht "im Sinne der Neuordnung" arbeiten. Den amerikanischen Politiker Henry Wallace nannte er einen Kapitalisten, der den amerikanischen Imperialismus durch eine Freundschaft mit der UdSSR am Leben erhalten wolle.

Die Neue Zeitung vom 14. April 1949

19/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Spaltung des Telefonverkehrs. Von der Ostzonenpostverwaltung wurde die sofortige Inbetriebnahme eines neuen Telefonfernnetzes im Ostsektor bekanntgegeben. Das neue Fernnetz verfügt über 100 direkte Leitungen nach der Ostzone, hat aber keine Anschlüsse nach dem Westen. Ferngespräche mit dem Ostsektor und der Ostzone sind jetzt nur noch über das Fernnetz Ost möglich.

Die Welt vom 14. April 1949

Das Hüttenwerk Döhlen, das auf dem Gelände der ehemaligen Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen des Flick-Konzerns aufgebaut wurde, wird Ende April die Herstellung von Gesenkschmiede- und Gußstücken ausschließlich für den Braunkohlenbergbau aufnehmen.

Das Kalk- und Zementwerk Rüdersdorf hat eine Edelsplitt-Mahlanlage in Betrieb genommen und ist dadurch in der Lage, zusätzlich 2 000 t Düngerkalk täglich für die Landwirtschaft zu liefern. Die Anlage, die auch zur Erzeugung von Steinmehl für die Glasindustrie geeignet ist, wird durch eine Verladeeinrichtung für Schiffe ergänzt werden. Das Rüdersdorfer Werk stellt ausschließlich Zement und Kalk für industrielle und landwirtschaftliche Bauvorhaben in der Ostzone her. Die Leistungsfähigkeit beträgt je 7 000 t Kalk und Zement monatlich.

Die Filmfabrik Turaphot in Wernigerode stellte in den ersten beiden Monaten d.J. 13 800 qm Rohfilm und 38 000 qm Fotopapier her. Die Produktionsaufträge für das erste Quartal betrug 15 000 qm Film und 50 000 qm Fotopapier. Die hohen Produktionszahlen konnten durch Aufstellen einer Längs- und Querschneidemaschine erreicht werden.

Die Büssing-NAG Vereinigte Nutzkraftwagen GmbH in Berlin-Oberschöneweide und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain, früher Knorr-Bremse AG, sollen vereinigt und für den Bau von Kraftfahrzeugen eingerichtet werden. Büssing-NAG repariert zur Zeit monatlich 20 bis 25 Lastkraftwagen und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain 30 Personenwagen und 12 Motore.

Wirtschaftsrevue vom 15. April 1949

Die "Anforderungen" in der Ostzone (Eigentumsüberlassung, Gebrauchsbeschränkung, Herstellungsverbot usw.) sollen nach einer neuen Verordnung der DWK nur noch für die Volkswirtschaftspläne zulässig sein. Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und gegen volkseigene Betriebe sind nicht gestattet.

WPZ vom 7. April 1949

Dt. Volkspolizisten. Nach Bericht des Berliner "Sozialdemokrat" sollen Einheiten dt. Volkspolizisten bei den neuen Angriffsoperationen der Aufständischen in Griechenland ihre Feuerzeuge erhalten haben. Die Bataillone der Griechenlandbrigade sollen in den albanischen Städten Valona, Klisura und Kore stationiert sein. Noch in dieser Woche sollen 400 weitere ehemalige Volkspolizisten nach Griechenland abgehen. Es handle sich um Freiwillige, im Alter von 20 - 25 Jahren aus der Ostsektoren, der Grenz- und Kreispolizei. Die SED-Presse dementiert die Rekrutierung deutscher Volkspolizisten für den Kampf in Griechenland. Jedoch hat sich die griechische Militärmission über die Einmischung der deutschen Kommunisten in Griechenland beschwert.

Paul Wangels, Berliner SED-Vorstandsmitglied, dementierte auf einer Kundgebung Pressemeldungen, daß der Kommissar der Ostberliner Polizei Kotolan mit 400 Ostsektoren-Polizisten in Dessau für den Griechenland-Einsatz geschult werden solle. Dies werde nicht geschehen, sagte er, da jetzt "dem Gegner in Berlin aufs Haupt geschlagen" werde. "Da wir hier unter uns sind", könne er es aussprechen: Die SED werde den Kampf für den Frieden mit Gewalt führen. Hierfür sei die Volkspolizei vorgesehen. Um die Sympathie der SU und der Volksdemokratien zu erlangen, müßten in Deutschland neue Zustände geschaffen werden. - Den Lehrern in der Ostzone und im Sowjetsektor Berlins kündigte er eine "Versetzung in die Schulen für Geistesranke" an, wenn sie nicht "im Sinne der Neuordnung" arbeiten. Den amerikanischen Politiker Henry Wallace nannte er einen Kapitalisten, der den amerikanischen Imperialismus durch eine Freundschaft mit der UdSSR am Leben erhalten wolle.

Die Neue Zeitung vom 14. April 1949

19/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Spaltung des Telefonverkehrs. Von der Ostzonenpostverwaltung wurde die sofortige Inbetriebnahme eines neuen Telefonfernnetzes im Ostsektor bekanntgegeben. Das neue Fernnetz verfügt über 100 direkte Leitungen nach der Ostzone, hat aber keine Anschlüsse nach dem Westen. Ferngespräche mit dem Ostsektor und der Ostzone sind jetzt nur noch über das Fernnetz Ost möglich.

Die Welt vom 14. April 1949

Das Wittenwerk Döhlen, das auf dem Gelände der ehemaligen Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen des Flick-Konzerns aufgebaut wurde, wird Ende April die Herstellung von Gesenkschmiede- und Gußstücken ausschließlich für den Braunkohlenbergbau aufnehmen.

Das Kalk- und Zementwerk Rüdersdorf hat eine Edelsplitt-Wahlanlage in Betrieb genommen und ist dadurch in der Lage, zusätzlich 2 000 t Düngerkalk täglich für die Landwirtschaft zu liefern. Die Anlage, die auch zur Erzeugung von Steinmehl für die Glasindustrie geeignet ist, wird durch eine Verladeeinrichtung für Schiffe ergänzt werden.

Das Rüdersdorfer Werk stellt ausschließlich Zement und Kalk für industrielle und landwirtschaftliche Bauvorhaben in der Ostzone her. Die Leistungsfähigkeit beträgt je 7 000 t Kalk und Zement monatlich.

Die Filmfabrik Turaphot in Wernigerode stellte in den ersten beiden Monaten d.J. 13 800 qm Rohfilm und 38 000 qm Fotopapier her. Die Produktionsauflage für das erste Quartal betrug 15 000 qm Film und 50 000 qm Fotopapier. Die hohen Produktionszahlen konnten durch Aufstellen einer Längs- und Querschneidemaschine erreicht werden.

Die Büssing-NAG Vereinigte Nutzkraftwagen GmbH in Berlin-Oberschöneweide und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain, früher Knorr-Bremse AG, sollen vereinigt und für den Bau von Kraftfahrzeugen eingerichtet werden. Büssing-NAG repariert zur Zeit monatlich 20 bis 25 Lastkraftwagen und die Autoreparaturwerkstatt Friedrichshain 30 Personenwagen und 12 Motore.

Wirtschaftsrevue vom 15. April 1949

Die "Anforderungen" in der Ostzone (Eigentumsüberlassung, Gebrauchsbeschränkung, Herstellungsverbot usw.) sollen nach einer neuen Verordnung der DMK nur noch für die Volkswirtschaftspläne zulässig sein. Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und gegen volkseigene Betriebe sind nicht gestattet.

WPZ vom 7. April 1949

Dt. Volkspolizisten. Nach Bericht des Berliner "Sozialdemokrat" sollen Einheiten dt. Volkspolizisten bei den neuen Angriffsoperationen der Aufständischen in Griechenland ihre Feuertaufe erhalten haben. Die Bataillone der Griechenlandbrigade sollen in den albanischen Städten Valona, Klisura und Kore stationiert sein. Noch in dieser Woche sollen 400 weitere ehemalige Volkspolizisten nach Griechenland abgehen. Es handle sich um Freiwillige, im Alter von 20 - 25 Jahren aus der Ostberliner, der Grenz- und Kreispolizei. Die SED-Presse dementiert die Rekrutierung deutscher Volkspolizisten für den Kampf in Griechenland. Jedoch hat sich die griechische Militärmission über die Binnmischung der deutschen Kommunisten in Griechenland beschwert.

Paul Mangels, Berliner SED-Vorstandsmitglied, dementierte auf einer Kundgebung Pressemeldungen, daß der Kommissar der Ostberliner Polizei Kotolan mit 400 Ostsektoren-Polizisten in Dessau für den Griechenland-einsatz geschult werden solle. Dies werde nicht geschehen, sagte er; da jetzt "dem Gegner in Berlin aufs Haupt geschlagen" werde. "Da wir hier unter uns sind", könne er es aussprechen: Die SED werde den Kampf für den Frieden mit Gewalt führen. Hierfür sei die Volkspolizei vorgesehen. Um die Sympathie der SU und der Volksdemokratien zu erlangen, müßten in Deutschland neue Zustände geschaffen werden. - Den Lehrern in der Ostzone und im Sowjetsektor Berlins kündigte er eine "Versetzung in die Schulen für Geisteskranken" an, wenn sie nicht "im Sinne der Neuordnung" arbeiten. Den amerikanischen Politiker Henry Wallace nannte er einen Kapitalisten, der den amerikanischen Imperialismus durch eine Freundschaft mit der UdSSR am Leben erhalten wolle.

Die Neue Zeitung vom 14. April 1949

20/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Kapitalbildung in der Ostzone. Eines der wesentlichen Ziele des Zweijahresplanes für die Ostzone ist, den Kapitalbedarf der "ostdeutschen Volkswirtschaft" aus eigener Akkumulation zu decken, also "Akkumulations-Autarkie" zu treiben. Es ist vorgesehen, bis zum Jahre 1950 insgesamt zwei Milliarden Ost-Mark in Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen und Kommunalwirtschaft zu investieren. Dafür sind Geldkapitalien in Form langfristiger Kredite aufzubringen. Quellen hierfür sind: 1. die Sparkapitalbildung der Bevölkerung, 2. die Gewinne der Unternehmungen, insbes. der volkseigenen Betriebe, 3. das Steueraufkommen der ostzonalen Länder und 4. die Gewinne der volkseigenen Handelsunternehmungen aus freien Verkäufen. - Man ist bestrebt, möglichst viel umlaufendes Bargeld "stillzulegen", daher wird die bargeldlose Zahlung gefördert. Betriebe und Unternehmungen sollen mit der Giralgeldpropaganda wieder zu vernünftiger und normaler Kassendisziplin erzogen werden, während das Publikum seine Kassenreserven auf Konten stehen lassen soll. In größerem Umfang ist das geschehen, die Aktivität am schwarzen Markt läßt jedoch darauf schließen, daß noch immer ein bedeutender Geldüberhang bei den Einkommenbeziehern vorhanden ist oder neu anfällt. -

In welchem Umfang die Gewinne der volkseigenen Betriebe der Finanzierung des Zweijahresplanes dienen können, wird davon abhängen, ob den volkseigenen Betrieben nach Aufrechnung der Gewinne mit den in vielen Fällen sehr hohen Subventionen per Saldo ein Reingewinn für Investitionszwecke verbleibt. Der Subventionsbedarf der ostzonalen Wirtschaft und bes. der landeseigenen Betriebe wird ja künftig noch steigen. Bevorzugte Anwärter auf Subventionen werden landeseigene Betriebe sein. Von den Preisbehörden wird erklärt, daß an Stelle zeitlich befristeter Genehmigungen zur Preiserhöhung weitgehend Preisstützungen - also Subventionen - treten sollen. Neben Einkommenssparen und Betriebsgewinnen sollen die Steuereinkünfte der Länder zur Finanzierung der Investitionen beisteuern. -

Vieles weist darauf hin, daß nach sowjetischem Muster die amtliche Preispolitik in den Dienst der Planfinanzierung gestellt wird. Zu diesem Zweck wurden die freien Böden errichtet, auch wurde ein bes. Zentralausschuß freier Markt Berlin gebildet, um Industrieerzeugnisse aus Westberlin in die Ostzone zu locken. Die Überschüsse dieser Basare sollen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. - Die Erträge der Produktions- und Handelsbetriebe, Spargelder usw. sollen für die Zwecke des Zweijahresplanes zentral gelenkt werden, und zwar im Wege der direkten Zuweisung, ohne Dazwischentreten des Kapitalmarktes. In diesem Wegfall der "spekulativen Bewegungssphäre des Geldes" wird der wesentliche Unterschied zwischen Planakkumulation und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Akkumulation gesehen. Als Instrument der zentralen Finanzierung der Investitionen des Zweijahresplanes wurde die "Deutsche Investitionsbank" gegründet. Gründer sind die fünf Länderregierungen und die 11 Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission. Die Aufsicht liegt beim Verwaltungsrat, dort ist das Übergewicht der Wirtschaftskommission offensichtlich. - Die Bank ist berechtigt, hypothekarisch gesicherte und sonstige langfristige Darlehen an öffentliche Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu gewähren und darf sich die Mittel mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zum 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich der allgemeinen Rücklage beschaffen. Auch darf sie langfristige Einlagen entgegennehmen sowie Spezialfonds der Wirtschaftskommission und der Länderregierungen. Es ist ebenfalls beabsichtigt, Schuldverschreibungen des 4. Typs zu emittieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 49

Verlegung der SWV Laut Telegraf soll die SWV die Verlegung ihres Hauptsitzes von Karlshorst nach Leipzig vorbereiten, während General Tschukow sein Hauptquartier von Potsdam nach Bannowwalde (Mark) verlegen soll. Falls dies zutrifft, würde dadurch bestätigt werden, daß Tschukow die militärischen Aufgaben Sokolowskis übernommen hat, während die politische Leitung der Ostzone in die Hände des Botschafters Semjonow und der SED-Funktionäre übergangen.

Süddt. Ztg. vom 16. April 49

20/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Kapitalbildung in der Ostzone. Eines der wesentlichen Ziele des Zwei-Jahresplanes für die Ostzone ist, den Kapitalbedarf der "ostdeutschen Volkswirtschaft" aus eigener Akkumulation zu decken, also "Akkumulations-Autarkie" zu treiben. Es ist vorgesehen, bis zum Jahre 1950 insgesamt zwei Milliarden Ost-Mark in Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen und Kommunalwirtschaft zu investieren. Dafür sind Geldkapitalien in Form langfristiger Kredite aufzubringen. Quellen hierfür sind: 1. die Sparkapitalbildung der Bevölkerung, 2. die Gewinne der Unternehmungen, insbes. der volkseigenen Betriebe, 3. das Steueraufkommen der ostzonalen Länder und 4. die Gewinne der volkseigenen Handelsunternehmungen aus freien Verkäufen. - Man ist bestrebt, möglichst viel unlaufendes Bargeld "stillzulegen", daher wird die bargeldlose Zahlung gefördert. Betriebe und Unternehmungen sollen mit der Giralgeldpropaganda wieder zu vernünftiger und normaler Kassendisziplin erzogen werden, während das Publikum seine Kassenreserven auf Konten stehen lassen soll. In größerem Umfang ist das geschehen, die Aktivität am schwarzen Markt läßt jedoch darauf schließen, daß noch immer ein bedeutender Geldüberhang bei den Einkommenbeziehern vorhanden ist oder neu anfällt. - In welchem Umfang die Gewinne der volkseigenen Betriebe der Finanzierung des Zweijahresplanes dienen können, wird davon abhängen, ob den volkseigenen Betrieben nach Aufrechnung der Gewinne mit den in vielen Fällen sehr hohen Subventionen per Saldo ein Reingewinn für Investitionszwecke verbleibt. Der Subventionsbedarf der ostzonalen Wirtschaft und bes. der landeseigenen Betriebe wird ja künftig noch steigen. Bevorzugte Anwärter auf Subventionen werden landeseigene Betriebe sein. Von den Preisbehörden wird erklärt, daß an Stelle zeitlich befristeter Genehmigungen zur Preiserhöhung weitgehend Preisstützungen - also Subventionen - treten sollen. Neben Einkommenssparen und Betriebsgewinnen sollen die Steuereinkünfte der Länder zur Finanzierung der Investitionen versteuern. - Vieles weist darauf hin, daß nach sowjetischem Muster die amtliche Preispolitik in den Dienst der Planfinanzierung gestellt wird. Zu diesem Zweck wurden die freien Läden errichtet, auch wurde ein bes. Zentralauschuß freier Markt Berlin gebildet, um Industrieprodukte aus Westberlin in die Ostzone zu locken. Die Überschüsse dieser Basare sollen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. - Die Erträge der Produktions- und Handelsbetriebe, Spargelder usw. sollen für die Zwecke des Zweijahresplanes zentral gelenkt werden, und zwar im Wege der direkten Zuweisung, ohne Dazwischentreten des Kapitalmarktes. In diesem Wegfall der "spekulativen Bewegungssphäre des Geldes" wird der wesentliche Unterschied zwischen Planakkumulation und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Akkumulation gesehen. Als Instrument der zentralen Finanzierung der Investitionen des Zweijahresplanes wurde die "Deutsche Investitionsbank" gegründet. Gründer sind die fünf Länderregierungen und die 11 Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission. Die Aufsicht liegt beim Verwaltungsrat, dort ist das Übergewicht der Wirtschaftskommission offensichtlich. - Die Bank ist berechtigt, hypothekarisch gesicherte und sonstige langfristige Darlehen an öffentliche Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu gewähren und darf sich die Mittel mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zum 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich der allgemeinen Rücklage beschaffen. Auch darf sie langfristige Einlagen entgegennehmen sowie Spezialfonds der Wirtschaftskommission und der Länderregierungen. Es ist ebenfalls beabsichtigt, Schuldverschreibungen des 4 %igen Typs zu emittieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 49

Verlegung der SMV? Laut Telegraf soll die SMV die Verlegung ihres Hauptsitzes von Karlshorst nach Leipzig vorbereiten, während General Tschuikow sein Hauptquartier von Potsdam nach Dannenwalde (Mark) verlegen soll. Falls dies zutrifft, würde dadurch bestätigt werden, daß Tschuikow die militärischen Aufgaben Sokolowskis übernommen hat, während die politische Leitung der Ostzone in die Hände des Botschafters Semjonow und der SED-Funktionäre übergangen.

Städt. Ztg. vom 16. April 49

20/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Kapitalbildung in der Ostzone. Sines der wesentlichen Ziele des Zwei-jahresplanes für die Ostzone ist, den Kapitalbedarf der "ostdeutschen Volkswirtschaft" aus eigener Akkumulation zu decken, also "Akkumulations-Autarkie" zu treiben. Es ist vorgesehen, bis zum Jahre 1950 ins-gesamt zwei Milliarden Ost-Mark in Industrie, Landwirtschaft, Transport-wesen und Kommunalwirtschaft zu investieren. Dafür sind Geldkapitalien in Form langfristiger Kredite aufzubringen. Quellen hierfür sind; 1. die Sparkapitalbildung der Bevölkerung, 2. die Gewinne der Unternehmungen, insbes. der volkseigenen Betriebe, 3. das Steueraufkommen der ostzonalen Länder und 4. die Gewinne der volkseigenen Handelsunternehmungen aus freien Verkäufen. - Man ist bestrebt, möglichst viel umlaufendes Bar-geld "stillzulegen", daher wird die bargeldlose Zahlung gefördert. Be-triebe und Unternehmungen sollen mit der Giralgeldpropaganda wieder zu vernünftiger und normaler Kassendisziplin erzogen werden, während das Publikum seine Kassenreserven auf Konten stehen lassen soll. In größe-rem Umfang ist das geschehen, die Aktivität am schwarzen Markt läßt je-doch darauf schließen, daß noch immer ein bedeutender Geldüberhang bei den Einkommenbeziehern vorhanden ist oder neu anfällt. -

In welchem Umfang die Gewinne der volkseigenen Betriebe der Finanzierung des Zweijahresplanes dienen können, wird davon abhängen, ob den volks-eigenen Betrieben nach Aufrechnung der Gewinne mit den in vielen Fällen sehr hohen Subventionen per Saldo ein Reingewinn für Investitionszwecke verbleibt. Der Subventionsbedarf der ostzonalen Wirtschaft und bes. der landeseigenen Betriebe wird ja künftig noch steigen. Bevorzugte Anwärter auf Subventionen werden landeseigene Betriebe sein. Von den Preisbehör-den wird erklärt, daß an Stelle zeitlich befristeter Genehmigungen zur Preiserhöhung weitgehend Preisstützungen - also Subventionen - treten sollen. Neben Einkommensparen und Betriebsgewinnen sollen die Steuerein-künfte der Länder zur Finanzierung der Investitionen beisteuern. -

Vieles weist darauf hin, daß nach sowjetischem Muster die amtliche Preis-politik in den Dienst der Planfinanzierung gestellt wird. Zu diesem Zweck wurden die Freien Läden errichtet, auch wurde ein bes. Zentralausschuß freier Markt Berlin gebildet, um Industrieerzeugnisse aus Westberlin in die Ostzone zu locken. Die Überschüsse dieser Basare sollen der Volkswirt-schaft wieder zugute kommen. - Die Erträge der Produktions- und Handels-betriebe, Spargelder usw. sollen für die Zwecke des Zweijahresplanes zentral gelenkt werden, und zwar im Wege der direkten Zuweisung, ohne Dazwischentreten des Kapitalmarktes. In diesem Wegfall der "spekulati-ven Bewegungssphäre des Geldes" wird der wesentliche Unterschied zwischen Planakkumulation und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Akkumulation gesehen. Als Instrument der zentralen Finanzierung der Investitionen des Zweijahresplanes wurde die "Deutsche Investitionsbank" gegründet. Grün-der sind die fünf Länderregierungen und die 11 Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission. Die Aufsicht liegt beim Verwaltungsrat, dort ist das Übergewicht der Wirtschaftskommission offensichtlich. - Die Bank ist berechtigt, hypothekarisch gesicherte und sonstige langfristige Darlehen an öffentliche Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu ge-währen und darf sich die Mittel mit der Ausgabe von Schuldverschreibun-gen bis zum 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich der allgemeinen Rücklage beschaffen. Auch darf sie langfristige Einlagen entgegennehmen sowie Spezialfonds der Wirtschaftskommission und der Län-derregierungen. Es ist ebenfalls beabsichtigt, Schuldverschreibungen des 4 %igen Typs zu emittieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 49

Verlegung der SMVY Laut Telegraf soll die SMV die Verlegung ihres Haupt-sitzes von Karlshorst nach Leipzig vorbereiten, während General Tschui-kow sein Hauptquartier von Potsdam nach Bannowwalde (Mark) verlegen soll. Falls dies zutrifft, würde dadurch bestätigt werden, daß Tschui-kow die militärischen Aufgaben Sokolowskis übernommen hat, während die politische Leitung der Ostzone in die Hände des Botschafters Semjonow und der SED-Funktionäre übergangen.

Süddt. Ztg. vom 16. April 49

20/4/49

No. 117

Auszüge aus Presseberichten

Kapitalbildung in der Ostzone. Eines der wesentlichen Ziele des Zwei-jahresplanes für die Ostzone ist, den Kapitalbedarf der "ostdeutschen Volkswirtschaft" aus eigener Akkumulation zu decken, also "Akkumulations-Autarkie" zu treiben. Es ist vorgesehen, bis zum Jahre 1950 insgesamt zwei Milliarden Ost-Mark in Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen und Kommunalwirtschaft zu investieren. Dafür sind Geldkapitalien in Form langfristiger Kredite aufzubringen. Quellen hierfür sind: 1. die Sparkapitalbildung der Bevölkerung, 2. die Gewinne der Unternehmungen, insbes. der volkseigenen Betriebe, 3. das Steueraufkommen der ostzonalen Länder und 4. die Gewinne der volkseigenen Handelsunternehmungen aus freien Verkäufen. - Man ist bestrebt, möglichst viel umlaufendes Bargeld "stillzulegen", daher wird die bargeldlose Zahlung gefördert. Betriebe und Unternehmungen sollen mit der Giralgeldpropaganda wieder zu vernünftiger und normaler Kassendisziplin erzogen werden, während das Publikum seine Kassenreserven auf Konten stehen lassen soll. In größerem Umfang ist das geschehen, die Aktivität am schwarzen Markt läßt jedoch darauf schließen, daß noch immer ein bedeutender Geldüberhang bei den Einkommenbeziehern vorhanden ist oder neu anfällt. -

In welchem Umfang die Gewinne der volkseigenen Betriebe der Finanzierung des Zweijahresplanes dienen können, wird davon abhängen, ob den volkseigenen Betrieben nach Aufrechnung der Gewinne mit den in vielen Fällen sehr hohen Subventionen per Saldo ein Reingewinn für Investitionszwecke verbleibt. Der Subventionsbedarf der ostzonalen Wirtschaft und bes. der landeseigenen Betriebe wird ja künftig noch steigen. Bevorzugte Anwärter auf Subventionen werden landeseigene Betriebe sein. Von den Preisbehörden wird erklärt, daß an Stelle zeitlich befristeter Genehmigungen zur Preiserhöhung weitgehend Preisstützungen - also Subventionen - treten sollen. Neben Einkommenssparen und Betriebsgewinnen sollen die Steuereinkünfte der Länder zur Finanzierung der Investitionen beisteuern. -

Vieles weist darauf hin, daß nach sowjetischem Muster die amtliche Preispolitik in den Dienst der Planfinanzierung gestellt wird. Zu diesem Zweck wurden die Freien Läden errichtet, auch wurde ein bes. Zentralausschuß freier Markt Berlin gebildet, um Industrieerzeugnisse aus Westberlin in die Ostzone zu locken. Die Überschüsse dieser Basare sollen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. - Die Erträge der Produktions- und Handelsbetriebe, Spargelder usw. sollen für die Zwecke des Zweijahresplanes zentral gelenkt werden, und zwar im Wege der direkten Zuweisung, ohne Dazwischentreten des Kapitalmarktes. In diesem Wegfall der "spekulativen Bewegungssphäre des Geldes" wird der wesentliche Unterschied zwischen Planakkumulation und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Akkumulation gesehen. Als Instrument der zentralen Finanzierung der Investitionen des Zweijahresplanes wurde die "Deutsche Investitionsbank" gegründet. Gründer sind die fünf Länderregierungen und die 11 Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission. Die Aufsicht liegt beim Verwaltungsrat, dort ist das Übergewicht der Wirtschaftskommission offensichtlich. - Die Bank ist berechtigt, hypothekarisch gesicherte und sonstige langfristige Darlehen an öffentliche Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu gewähren und darf sich die Mittel mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zum 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich der allgemeinen Rücklage beschaffen. Auch darf sie langfristige Einlagen entgegennehmen sowie Spezialfonds der Wirtschaftskommission und der Länderregierungen. Es ist ebenfalls beabsichtigt, Schuldverschreibungen des 4 %igen Typs zu emittieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 49

Verlegung der SMW? Laut Telegraf soll die SMW die Verlegung ihres Hauptsitzes von Karlshorst nach Leipzig vorbereiten, während General Tschukow sein Hauptquartier von Potsdam nach Bannowwalde (Mark) verlegen soll. Falls dies zutrifft, würde dadurch bestätigt werden, daß Tschukow die militärischen Aufgaben Sokolowskis übernommen hat, während die politische Leitung der Ostzone in die Hände des Botschafters Semjonow und der SED-Funktionäre übergangen.

Süddt. Ztg. vom 16. April 49

20/4/49

No. 117 Auszüge aus Presseberichten
=====

Kapitalbildung in der Ostzone. Eines der wesentlichen Ziele des Zwei-jahresplanes für die Ostzone ist, den Kapitalbedarf der "ostdeutschen Volkswirtschaft" aus eigener Akkumulation zu decken, also "Akkumulations-Autarkie" zu treiben. Es ist vorgesehen, bis zum Jahre 1950 insgesamt zwei Milliarden Ost-Mark in Industrie, Landwirtschaft, Transportwesen und Kommunalwirtschaft zu investieren. Dafür sind Geldkapitalien in Form langfristiger Kredite aufzubringen. Quellen hierfür sind: 1. die Sparkapitalbildung der Bevölkerung, 2. die Gewinne der Unternehmungen, insbes. der volkseigenen Betriebe, 3. das Steueraufkommen der ostzonalen Länder und 4. die Gewinne der volkseigenen Handelsunternehmungen aus freien Verkäufen. - Man ist bestrebt, möglichst viel umlaufendes Bargeld "stillzulegen", daher wird die bargeldlose Zahlung gefördert. Betriebe und Unternehmungen sollen mit der Giralgeldpropaganda wieder zu vernünftiger und normaler Kassendisziplin erzogen werden, während das Publikum seine Kassenreserven auf Konten stehen lassen soll. In größerem Umfang ist das geschehen, die Aktivität am schwarzen Markt läßt jedoch darauf schließen, daß noch immer ein bedeutender Geldüberhang bei den Einkommenbeziehern vorhanden ist oder neu anfällt. -

In welchem Umfang die Gewinne der volkseigenen Betriebe der Finanzierung des Zweijahresplanes dienen können, wird davon abhängen, ob den volkseigenen Betrieben nach Aufrechnung der Gewinne mit den in vielen Fällen sehr hohen Subventionen per Saldo ein Reingewinn für Investitionszwecke verbleibt. Der Subventionsbedarf der ostzonalen Wirtschaft und bes. der landeseigenen Betriebe wird ja künftig noch steigen. Bevorzugte Anwärter auf Subventionen werden landeseigene Betriebe sein. Von den Preisbehörden wird erklärt, daß an Stelle zeitlich befristeter Genehmigungen zur Preiserhöhung weitgehend Preisstützungen - also Subventionen - treten sollen. Neben Einkommenssparen und Betriebsgewinnen sollen die Steuereinkünfte der Länder zur Finanzierung der Investitionen beisteuern. -

Vieles weist darauf hin, daß nach sowjetischem Muster die amtliche Preispolitik in den Dienst der Planfinanzierung gestellt wird. Zu diesem Zweck wurden die Freien Läden errichtet, auch wurde ein bes. Zentralausschuß freier Markt Berlin gebildet, um Industrieerzeugnisse aus Westberlin in die Ostzone zu locken. Die Überschüsse dieser Basare sollen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen. - Die Erträge der Produktions- und Handelsbetriebe, Spargelder usw. sollen für die Zwecke des Zweijahresplanes zentral gelenkt werden, und zwar im Wege der direkten Zuweisung, ohne Dazwischentreten des Kapitalmarktes. In diesem Wegfall der "spekulativen Bewegungssphäre des Geldes" wird der wesentliche Unterschied zwischen Planakkumulation und kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Akkumulation gesehen. Als Instrument der zentralen Finanzierung der Investitionen des Zweijahresplanes wurde die "Deutsche Investitionsbank" gegründet. Gründer sind die fünf Länderregierungen und die 11 Hauptverwaltungen der Wirtschaftskommission. Die Aufsicht liegt beim Verwaltungsrat, dort ist das Übergewicht der Wirtschaftskommission offensichtlich. - Die Bank ist berechtigt, hypothekarisch gesicherte und sonstige langfristige Darlehen an öffentliche Körperschaften, Unternehmungen und Einzelpersonen zu gewähren und darf sich die Mittel mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen bis zum 20fachen Betrag des eingezahlten Grundkapitals zuzüglich der allgemeinen Rücklage beschaffen. Auch darf sie langfristige Einlagen entgegennehmen sowie Spezialfonds der Wirtschaftskommission und der Länderregierungen. Es ist ebenfalls beabsichtigt, Schuldverschreibungen des 4-igen Typs zu emittieren.

Wirtschafts-Ztg. vom 20. April 49

Verlegung der SMVP Laut Telegraf soll die SMV die Verlegung ihres Hauptsitzes von Karlshorst nach Leipzig vorbereiten, während General Tschukow sein Hauptquartier von Potsdam nach Bannewalde (Mark) verlegen soll. Falls dies zutrifft, würde dadurch bestätigt werden, daß Tschukow die militärischen Aufgaben Sokolowskis übernommen hat, während die politische Leitung der Ostzone in die Hände des Botschafters Semjonow und der SED-Funktionäre übergingen.

Süddt. Ztg. vom 16. April 49

20/4/49

No. 80

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 14. April 1949

Berlin: Das deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongreß hat gegen die Reduzierung der Teilnehmerzahl auf 8 Personen Protest eingelegt. Das deutsche Organisationskomitee war angewiesen worden, die Liste mit den 22 vorgesehenen Teilnehmern zurückzuziehen. Darauf hat das dt. Komitee mitgeteilt, daß die Liste auf Grund demokratischer Wahlen der Parteien zustande gekommen sei. Es machte lediglich den Vorschlag, Prof. Kellermann von der Liste zu streichen, da er aus Gesundheitsgründen an dem geplanten Kongreß nicht teilnehmen kann, und der gesamten Delegation die Einreise zu gestatten.

Leipzig: Über das Thema "Deutschland zwischen Krieg und Frieden" sprach Professor KASTNER auf einer Kundgebung. Er wandte sich insbesondere gegen die Kriegshetze, die nur von wenigen Leuten angefacht werde, die am Krieg ein Interesse haben, der für Deutschland aber das Ende bedeuten würde. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die überwiegende Mehrzahl der Menschen für den Frieden sei. Er forderte von den Anhängern der LDP, immer wieder auf die Notwendigkeit der antifaschistischen Blockpolitik hinzuweisen. In der Frage der Einheit, des gerechten Friedens und des Neuaufbaues ständen alle Parteien zusammen. Durch die loyale Politik der Besatzungsmacht seien keiner Partei irgendwelche Privilegien eingeräumt. Deutschland, das sich gegenwärtig zwischen Einigkeit und Spaltung befände, könne auch den Frieden erzwingen, wenn es wolle.

Berlin: Der Vorsitzende der NDP, BOLZ, hat in einem Schreiben an Präsident Fischer hingewiesen, daß in der Praxis bei zahlreichen Behörden ehemalige Angehörige der NSDAP Zurücksetzung erfahren. Er bat, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen und außerdem Ausführungen über die Wahlberechtigung der ehemaligen NSDAP-Angeh. zu erlassen. Präsident Fischer hat in seiner Antwort mitgeteilt, daß die Ausführungsbestimmungen noch rechtzeitig vor dem Volkskongreß ergehen werden.

Schwerin: Auf die Dauer läßt sich ein Volk nicht politisch und volkswirtschaftlich versklaven, erklärte Ministerpräsident HOECKER. Der Kampf werde in den Westzonen nach Bekanntgabe des Besatzungsstatuts erst richtig beginnen, da man erkenne, daß es ein Kolonialstatut ist. Es werde der Tag kommen, so schloß er, an dem das deutsche Volk wieder als Nation vereint sein wird.

Frankfurt a.O.: Weitere 1 655 Heimkehrer trafen heute aus der SU ein. Sie werden bereits morgen in ihre Heimatorte entlassen. Die ehemaligen dt. Kriegsgefangenen lobten übereinstimmend die gute Behandlung, die ihnen in der SU zuteil geworden ist.

Berlin: Zur Verkürzung des Warenverkehrs hat das Sekretariat der DWK eine Anordnung erlassen. Danach kann die Verteilung von bestimmten Rohstoffen im innerwirtschaftlichen Verkehr unter Ausschaltung des sonst üblichen Handelsweges durchgeführt werden.

Sender Leipzig vom 19. April 49

Leipzig: Aus Anlaß des Weltfriedenskongresses werden in allen fünf Ländern der Ostzone eine Reihe von Kundgebungen durchgeführt. Die Kirchenglocken werden eine Viertelstunde läuten. In den Betrieben wird während der Mittagspause auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Entlang der Zonengrenze werden Friedensfeuer entzündet, die der Bevölkerung in Westdeutschland sagen sollen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens ein gemeinsamer Kampf sein muß. Den Höhepunkt in Sachsen-anhalt bildet eine Kundgebung in Halle, auf der HUEBENER und SIEBERT sprechen werden.

Berlin: 5 600 einsatzfähige Trecker stehen in allen fünf Ländern der Ostzone zur Verfügung. Der größte Teil ist in Mecklenburg stationiert. 50 MAS sollen zu Muster-MAS ausgebaut werden.

Leipzig: Die wissenschaftlichen Vorarbeiten zur Herstellung synthetischer Speisefette aus Kohle, die vor dem Kriege nur in Westfalen hergestellt wurden, sind abgeschlossen. Die DWK plant, die Herstellung noch in den Zweijahresplan einzubeziehen.

20/4/49

No. 80

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====Sender Leipzig vom 14. April 1949

Berlin: Das deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongress hat gegen die Reduzierung der Teilnehmerzahl auf 8 Personen Protest eingelegt. Das deutsche Organisationskomitee war angewiesen worden, die Liste mit den 22 vorgesehenen Teilnehmern zurückzuziehen. Darauf hat das dt. Komitee mitgeteilt, daß die Liste auf Grund demokratischer Wahlen der Parteien zustande gekommen sei. Es machte lediglich den Vorschlag, Prof. Kellermann von der Liste zu streichen, da er aus Gesundheitsgründen an dem geplanten Kongress nicht teilnehmen kann, und der gesamten Delegation die Einreise zu gestatten.

Leipzig: Über das Thema "Deutschland zwischen Krieg und Frieden" sprach Professor KASTNER auf einer Aunageung. Er wandte sich insbesondere gegen die Kriegshetze, die nur von wenigen Leuten angefacht werde, die am Krieg ein Interesse haben, der für Deutschland aber das Ende bedeuten würde. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Überwiegende Mehrzahl der Menschen für den Frieden sei. Er forderte von den Anhängern der LDP, immer wieder auf die Notwendigkeit der antifaschistischen Blockpolitik hinzuweisen. In der Frage der Einheit, des gerechten Friedens und des Neuaufbaues ständen alle Parteien zusammen. Durch die loyale Politik der Besatzungsmacht seien keiner Partei irgendwelche Privilegien eingeräumt. Deutschland, das sich gegenwärtig zwischen Einheit und Spaltung befände, könne auch den Frieden erzwingen, wenn es wolle.

Berlin: Der Vorsitzende der NDP, BOLZ, hat in einem Schreiben an Präsident Fischer hingewiesen, daß in der Praxis bei zahlreichen Behörden ehemalige Angehörige der NSDAP Zurücksetzung erfahren. Er bat, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen und außerdem Ausführungen über die Wahlberechtigung der ehemaligen NSDAP-Angeh. zu erlassen. Präsident Fischer hat in seiner Antwort mitgeteilt, daß die Ausführungsbestimmungen noch rechtzeitig vor dem Volkskongress ergehen werden.

Schwerin: Auf die Dauer läßt sich ein Volk nicht politisch und volkswirtschaftlich versklaven, erklärte Ministerpräsident MOECKER. Der Kampf werde in den Westzonen nach Bekanntgabe des Besatzungsstatuts erst richtig beginnen, da man erkenne, daß es ein Kolonialstatut ist. Es werde der Tag kommen, so schloß er, an dem das deutsche Volk wieder als Nation vereint sein wird.

Frankfurt a.O.: Weitere 1 655 Heimkehrer trafen heute aus der SU ein. Sie werden bereits morgen in ihre Heimatorte entlassen. Die ehemaligen dt. Kriegsgefangenen lobten übereinstimmend die gute Behandlung, die ihnen in der SU zuteil geworden ist.

Berlin: Zur Verkürzung des Warenverkehrs hat das Sekretariat der DWK eine Anordnung erlassen. Danach kann die Verteilung von bestimmten Rohstoffen im innerwirtschaftlichen Verkehr unter Ausschaltung des sonst üblichen Handelsweges durchgeführt werden.

Sender Leipzig vom 19. April 49

Leipzig: Aus Anlaß des Weltfriedenskongresses werden in allen fünf Ländern der Ostzone eine Reihe von Kundgebungen durchgeführt. Die Kirchenglocken werden eine Viertelstunde läuten. In den Betrieben wird während der Mittagspause auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Entlang der Zonengrenze werden Friedensfeuer entzündet, die der Bevölkerung in Westdeutschland sagen sollen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens ein gemeinsamer Kampf sein muß. Den Höhepunkt in Sachsen-Anhalt bildet eine Kundgebung in Halle, auf der HUBBENER und SIEMERT sprechen werden.

Berlin: 5 600 einsatzfähige Trecker stehen in allen fünf Ländern der Ostzone zur Verfügung. Der größte Teil ist in Mecklenburg stationiert. 50 MAS sollen zu Muster-MAS ausgebaut werden.

Leipzig: Die wissenschaftlichen Vorarbeiten zur Herstellung synthetischer Speisefette aus Kohle, die vor dem Kriege nur in Westfalen hergestellt wurden, sind abgeschlossen. Die DWK plant, die Herstellung noch in den Zweijahresplan einzubeziehen.

20/4/49

No. 80

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 14. April 1949

Berlin: Das deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongress hat gegen die Reduzierung der Teilnehmerzahl auf 8 Personen Protest eingelegt. Das deutsche Organisationskomitee war angewiesen worden, die Liste mit den 22 vorgesehenen Teilnehmern zurückzuziehen. Darauf hat das dt. Komitee mitgeteilt, daß die Liste auf Grund demokratischer Wahlen der Parteien zustande gekommen sei. Es machte lediglich den Vorschlag, Prof. Kellermann von der Liste zu streichen, da er aus Gesundheitsgründen an dem geplanten Kongress nicht teilnehmen kann, und der gesamten Delegation die Einreise zu gestatten.

Leipzig: Über das Thema "Deutschland zwischen Krieg und Frieden" sprach Professor KASTNER auf einer Kundgebung. Er wandte sich insbesondere gegen die Kriegshetze, die nur von wenigen Leuten angefacht werde, die am Krieg ein Interesse haben, der für Deutschland aber das Ende bedeuten würde. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Überwiegende Mehrzahl der Menschen für den Frieden sei. Er forderte von den Anhängern der LDP, immer wieder auf die Notwendigkeit der antifaschistischen Blockpolitik hinzuweisen. In der Frage der Einheit, des gerechten Friedens und des Neuaufbaues ständen alle Parteien zusammen. Durch die loyale Politik der Besatzungsmacht seien keiner Partei irgendwelche Privilegien eingeräumt. Deutschland, das sich gegenwärtig zwischen Einigkeit und Spaltung befände, könne auch den Frieden erzwingen, wenn es wolle.

Berlin: Der Vorsitzende der NDP, BOLZ, hat in einem Schreiben an Präsident Fischer hingewiesen, daß in der Praxis bei zahlreichen Behörden ehemalige Angehörige der NSDAP Zurücksetzung erfahren. Er bat, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen und außerdem Ausführungen über die Wahlberechtigung der ehemaligen NSDAP-Angeh. zu erlassen. Präsident Fischer hat in seiner Antwort mitgeteilt, daß die Ausführungsbestimmungen noch rechtzeitig vor dem Volkskongress ergehen werden.

Schwerin: Auf die Dauer läßt sich ein Volk nicht politisch und volkswirtschaftlich versklaven, erklärte Ministerpräsident ROECKER. Der Kampf werde in den Westzonen nach Bekanntgabe des Besatzungsstatuts erst richtig beginnen, da man erkenne, daß es ein Kolonialstatut ist. Es werde der Tag kommen, so schloß er, an dem das deutsche Volk wieder als Nation vereint sein wird.

Frankfurt a.O.: Weitere 1 655 Heimkehrer trafen heute aus der SU ein. Sie werden bereits morgen in ihre Heimatorte entlassen. Die ehemaligen dt. Kriegsgefangenen lobten übereinstimmend die gute Behandlung, die ihnen in der SU zuteil geworden ist.

Berlin: Zur Verkürzung des Warenverkehrs hat das Sekretariat der DWK eine Anordnung erlassen. Danach kann die Verteilung von bestimmten Kohstoffen im innerwirtschaftlichen Verkehr unter Ausschaltung des sonst üblichen Handelsweges durchgeführt werden.

Sender Leipzig vom 19. April 49

Leipzig: Aus Anlaß des Weltfriedenskongresses werden in allen fünf Ländern der Ostzone eine Reihe von Kundgebungen durchgeführt. Die Kirchenglocken werden eine Viertelstunde läuten. In den Betrieben wird während der Mittagspause auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Entlang der Zonengrenze werden Friedensfeuer entzündet, die der Bevölkerung in Westdeutschland sagen sollen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens ein gemeinsamer Kampf sein muß. Den Höhepunkt in Sachsen-Anhalt bildet eine Kundgebung in Halle, auf der HUBBENER und SIEMERT sprechen werden.

Berlin: 5 600 einsatzfähige Trecker stehen in allen fünf Ländern der Ostzone zur Verfügung. Der größte Teil ist in Mecklenburg stationiert. 50 MAS sollen zu Muster-MAS ausgebaut werden.

Leipzig: Die wissenschaftlichen Vorarbeiten zur Herstellung synthetischer Speisefette aus Kohle, die vor dem Kriege nur in Westfalen hergestellt wurden, sind abgeschlossen. Die DWK plant, die Herstellung noch in den Zweijahresplan einzubeziehen.

20/4/49

No. 80

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 14. April 1949

Berlin: Das deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongreß hat gegen die Reduzierung der Teilnehmerzahl auf 8 Personen Protest eingelegt. Das deutsche Organisationskomitee war angewiesen worden, die Liste mit den 22 vorgesehenen Teilnehmern zurückzuziehen. Darauf hat das dt. Komitee mitgeteilt, daß die Liste auf Grund demokratischer Wahlen der Parteien zustande gekommen sei. Es machte lediglich den Vorschlag, Prof. Kellermann von der Liste zu streichen, da er aus Gesundheitsgründen an dem geplanten Kongreß nicht teilnehmen kann, und der gesamten Delegation die Einreise zu gestatten.

Leipzig: Über das Thema "Deutschland zwischen Krieg und Frieden" sprach Professor KASTNER auf einer Kundgebung. Er wandte sich insbesondere gegen die Kriegshetze, die nur von wenigen Leuten angefacht werde, die am Krieg ein Interesse haben, der für Deutschland aber das Ende bedeuten würde. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Überwiegende Mehrzahl der Menschen für den Frieden sei. Er forderte von den Anhängern der LDP, immer wieder auf die Notwendigkeit der antifaschistischen Blockpolitik hinzuweisen. In der Frage der Einheit, des gerechten Friedens und des Neuaufbaues ständen alle Parteien zusammen. Durch die loyale Politik der Besatzungsmacht seien keiner Partei irgendwelche Privilegien eingeräumt. Deutschland, das sich gegenwärtig zwischen Einigkeit und Spaltung befände, könne auch den Frieden erzwingen, wenn es wolle.

Berlin: Der Vorsitzende der NDP, BOLZ, hat in einem Schreiben an Präsident Fischer hingewiesen, daß in der Praxis bei zahlreichen Behörden ehemalige Angehörige der NSDAP Zurücksetzung erfahren. Er bat, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen und außerdem Ausführungen über die Wahlberechtigung der ehemaligen NSDAP-Angeh. zu erlassen. Präsident Fischer hat in seiner Antwort mitgeteilt, daß die Ausführungsbestimmungen noch rechtzeitig vor dem Volkskongreß ergehen werden.

Schwerin: Auf die Dauer läßt sich ein Volk nicht politisch und volkswirtschaftlich versklaven, erklärte Ministerpräsident HOECKER. Der Kampf werde in den Westzonen nach Bekanntgabe des Besatzungsstatuts erst richtig beginnen, da man erkenne, daß es ein Kolonialstatut ist. Es werde der Tag kommen, so schloß er, an dem das deutsche Volk wieder als Nation vereint sein wird.

Frankfurt a.O.: Weitere 1 655 Heimkehrer trafen heute aus der SU ein. Sie werden bereits morgen in ihre Heimatorte entlassen. Die ehemaligen dt. Kriegsgefangenen lobten übereinstimmend die gute Behandlung, die ihnen in der SU zuteil geworden ist.

Berlin: Zur Verkürzung des Warenverkehrs hat das Sekretariat der DWK eine Anordnung erlassen. Danach kann die Verteilung von bestimmten Kohstoffen im innerwirtschaftlichen Verkehr unter Ausschaltung des sonst üblichen Handelsweges durchgeführt werden.

Sender Leipzig vom 19. April 49

Leipzig: Aus Anlaß des Weltfriedenskongresses werden in allen fünf Ländern der Ostzone eine Reihe von Kundgebungen durchgeführt. Die Kirchenglocken werden eine Viertelstunde läuten. In den Betrieben wird während der Mittagspause auf die Bedeutung des Tages hingewiesen. Entlang der Zonengrenze werden Friedensfeuer entzündet, die der Bevölkerung in Westdeutschland sagen sollen, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens ein gemeinsamer Kampf sein muß. Den Höhepunkt in Sachsen-anhalt bildet eine Kundgebung in Halle, auf der HUEBENER und SIEWERT sprechen werden.

Berlin: 5 600 einsatzfähige Trecker stehen in allen fünf Ländern der Ostzone zur Verfügung. Der größte Teil ist in Mecklenburg stationiert. 50 MAS sollen zu Muster-MAS ausgebaut werden.

Leipzig: Die wissenschaftlichen Vorarbeiten zur Herstellung synthetischer Speisefette aus Kohle, die vor dem Kriege nur in Westfalen hergestellt wurden, sind abgeschlossen. Die DWK plant, die Herstellung noch in den Zweijahresplan einzubeziehen.